Nr. 28 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 29. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 20 Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Ziffersatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf viele Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ausgeschlossen. Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk., „ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,15 Kr., vierteljährl. 3,45 Kr., „ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,32 „ „ 3,96 „
Nach d. Auslande in Streifb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Nummer 10 Pf.

Heftige Artilleriekämpfe am Col del Rosso

Beratung Lloyd Georges mit den Gewerkschaften — Entwaffnung russischer Posten durch polnische Legionäre
Wieder 20 000 Tonnen versenkt — Neue Vernehmung Caillaux

Bevorstehende Antworten der Entente

Nach dem „Echo de Paris" findet zwischen den Ententemächten ein lebhafter Meinungsaustausch über die Antwort auf die Kundgebungen des Grafen Hertling und des Grafen Czernin statt. Wilson werde auf die Auslassungen beider Staatsmänner Punkt für Punkt eingehen. Ueber die geplante Antwort Lloyd Georges wird berichtet:

a. Basel, 28. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily News" schreiben, daß Lloyd George nach Einvernahme mit den Alliierten sowohl die deutsche wie die österreichisch-ungarische Auslassung zu seiner und Wilsons Rede beantworten wird. Der Ministerpräsident hat die Führer der Gewerkschaften für den 2. Februar zu einer neuen Besprechung zu sich bitten lassen.

Nach dem „Echo de Paris" wird später auch Clémenceau antworten.

Ablehnung in England

In den Urteilen der englischen Presse über die Reden Hertlings und Czernins wird dem „Nieuwe Rotterd. Courant" zufolge hervorgehoben, daß die Reden sehr auseinandergingen. Einige Blätter erklären diesen Unterschied aus der Tatsache, daß Czernin von Konferenzen mit seinen unzufriedenen Volksgenossen, Hertling von Konferenzen mit den militärischen Führern zurückkehrte. Selbstredend verweilt jedes Blatt seinem Geschmack nach entweder bei der „Sanftmut Czernins" oder bei der „Hartherzigkeit Hertlings" oder bei mehr oder weniger kriegerischen und unversöhnlichen Sätzen in den beiden Reden. Die liberalen „Daily News" stehen ganz allein, indem sie in den Erklärungen der beiden Staatsmänner Andeutungen von Versöhnlichkeitsgedanken finden. So sagen die „Daily News" in einem Leitartikel: „Keine von beiden Reden im ganzen genommen bietet eine Grundlage für den Frieden. Aber ebensowenig verschließt eine von ihnen die Tür für den Frieden. Wie der deutsche Kanzler, so nimmt auch Czernin die Herausforderung Wilsons an. Aber verschieden von Hertling zeigt Czernin etwas, das wir als aufrichtiges und sehr verständiges Verlangen nach Frieden betrachten können. Während Deutschland es rund ablehnte, die Grundsätze gegen eine Einverleibung anzuerkennen, stimmt Graf Czernin ohne Vorbehalt der annexionslosen Politik bei. Czernin tut ferner einen vielversprechenden Schritt, indem er vorschlägt, in Verhandlungen mit Wilson zu treten. Solche unmittelbare Verhandlungen zwischen Czernin und Wilson könnten eine Gelegenheit für beide kriegführenden Gruppen darbieten, ihre Gegensätzlichkeiten auf das geringste zu reduzieren. Keiner besäße als Unterhändler für die Entente größeres allgemeines Vertrauen als Wilson. Deutschland kann vielleicht über den Grafen Czernin nicht dasselbe sagen. Aber die Friedensverhandlungen würden gleichwohl einen mächtigen Einfluß ausüben auf ein Volk, das erfährt, was das deutsche Volk erlitten hat." — Die Tonart der übrigen Blätter ist, wie bereits angedeutet, erheblich anders und unterscheidet sich im einzelnen nur in den Graden der Heftigkeit, mit der die Gelegenheit zur Polemik gegen die Mittelmächte aufgegriffen wird.

Französische Zurückweisung

Folgende Ausführungen des „Homme Libre", des Organs Clémenceaus, geben vollkommen den Hauptgedanken der Erörterungen in der französischen Presse wieder. Das Blatt schreibt: „Wir sind nicht viel weiter gekommen als vorher, denn die Vertreter der Mittelmächte hüteten sich sorgfältig vor jeder klaren Stellungnahme außer bei der schroffen Ablehnung der Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Der Deutsche mit Trotz und Doppelsinnigkeit, der Oesterreicher mit mehr Entgegenkommen und weniger Schroffheit, bringen dieselbe Politik des preußischen Militarismus zum Ausdruck. Entgegen den erzwungenen Zugeständnissen an die Friedenssehnsucht ihrer Völker sagten beide der Entente, daß sie an dem Fetischen über die Gebiete festhalten. Keine Besorgnis um die dadurch hervorgerufenen Gefühle ist zu ersehen. Zwei Elemente bilden den übereinstimmenden Grundgedanken beider Reden: Die Schwierigkeiten, auf die die Verhandlungen mit den Russen gestoßen sind, und der hartnäckige Wille, die Hauptpfänder zu behalten, was für die Rettung des germanischen Imperialismus als erforderlich betrachtet wird. Die Anmaßlichkeit der deutschen Kultur nimmt die großen Ideen Wilsons keineswegs ernst. Sie ist damit einverstanden, von der Unabhängigkeit zu sprechen zu den Völkern Rußlands; die sie unter ihrem Joche hält, von der Freiheit der Meere, weil sie sie nicht erhalten konnte; vom Wirtschaftskrieden, weil sie fühlt, daß sie ihn braucht. Belgien ist nichts als ein Faustpfand. Elsaß-Lothringen deutsches Reichsland, Polen eine österreichisch-deutsche Kolonie. Es handelt sich nicht darum, zu wissen, ob der Friede endgültig sein wird, sondern ob er ein deutscher Friede sein wird. Wir sprechen nicht die gleiche Sprache. Wir schlagen uns für den Frieden. Diejenigen, die sich für Deutschland schlagen, setzten der Idee des Rechts den Kultus der Gewalt entgegen. Nur die Gewalt kann sie zur Vernunft bringen."

Von der sozialistischen Presse äußern sich bisher nur die „Bérité" und die „Humanité". Die „Bérité" erklärt, zwischen den Mittelmächten und Wilson sei über die Freiheit der Meere, eine Beschränkung der Rüstungen und eine Gesellschaft der Nationen bereits eine Einigung erzielt worden. In letzterem Punkte stehe nur noch Clémenceau isoliert da. Die Meinungsverschiedenheiten seien nur noch wegen Elsaß-Lothringens und Belgiens vorhanden. Belgien diene als Waffe, um die Entente zu erpressen. Die elsaß-lothringische Frage könne nur durch die Elsaß-Lothringer gelöst werden. „Humanité" findet, daß ein großer Schritt zum Frieden getan sei. Zwischen der Rede Czernins, den Großsprechereien Hoffmanns und den Drohungen Hertlings sei ein himmelschreiender Unterschied. In der „Humanité" und einigen andern Blättern ist der Wunsch erkennbar, Oesterreich von Deutschland zu trennen.

Italien sät Mißtrauen

Die italienische Presse äußert zu den Ministerreden, daß, was auf den ersten Blick als tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erscheine, in Wirklichkeit geschickte Rollenverteilung sei. Czernin müsse vor allem aus innerpolitischen Gründen versöhnlich gegen die Entente, schmeichlerisch gegen Rußland und hoffnungsfreudig zum eigenen Volke über die Friedensmöglichkeit sprechen. Hertling dagegen müsse als Sprecher der zur Zeit stärker denn je bestehenden annexionistischen alldeutschen Parteien auftreten und würde wohl mit einem offenen Annexionsprogramm auf dem Plan erscheinen, wenn nicht das „Gespenst des Programms der Reichstagsmehrheit" ihn davon zurückhielte. Durch die beiden Reden seien die Ententevölker nun gewarnt. Es gelte durchzuhalten und Widerstand zu leisten an der Front und im Hinterlande, denn der Friede Hertlings wäre gleichbedeutend mit Sklaverei, mit der Schaffung Mitteleuropas und der deutschen Weltbegemonie; energischer Widerstand der Entente dagegen, der ja nicht nur militärische Waffen zu Gebote stünden, werde zum Siege führen, wahrscheinlich sogar in kürzerer Frist, als man heute zu hoffen wage.

Anmaßung der amerikanischen Presse

* Rotterdam, 28. Januar

Aus New-York wird gemeldet: Die Morgenblätter betrachten Hertlings Rede allgemein als unaufrichtig und arrogant und die Rede Czernins als einen Beweis, daß Oesterreich unter dem Druck der inneren Lage geschwächt sei und sich nach Frieden sehne. Oesterreich sei nicht allein kriegsmüde, sondern im Begriff, zusammenzubrechen (!). Die „Tribune" schreibt: „Der Frieden der Militärpartei, die die deutsche Regierung völlig beherrscht, würde es Deutschland ermöglichen, einen großen Teil der jetzigen Eroberungen festzuhalten. Die Antwort auf Hertlings Vorschläge kann nicht im Kabinett erteilt werden, sie wird im Felde erteilt werden." Der „New York Herald" beschuldigt den Kanzler ebenfalls der Unaufrichtigkeit, begrüßt aber den „Egoismus", der in seiner Rede zum Ausdruck gekommen sei und die Absichten Deutschlands in ihrer ganzen Nacktheit enthüllt habe. Die „World" meint, Hertlings Rede enthülle ein ganz andres Deutschland als das, das den rücksichtslosen U-Boots-Krieg erklärte. Die frühere preußische Anmaßung sei geschwunden.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 27. Januar. (Amtlich)

Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England: 20000 Br.-Reg.-T.

Ein großer Teil der Schiffe, die meist bewaffnet waren, wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vor dem St.-Georgs-Kanal vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Frankreichs Schiffsnot

× Bern, 27. Januar

Der „Matin" meldet aus Marseille: Die französische Regierung beschlagnahmt vom 1. Februar an alle im Hafen von Marseille liegenden Schiffe. Die Ueberseedampfer wie die Küsten- und Frachtdampfer haben keine festgesetzten Linien mehr, sondern werden je nach Bedarf verwandt. Die Gesellschaft Chargeurs Réunis wird ihre Schiffe für den Getreide- und Warentransport nach Südamerika verwenden. Der Postdienst wird verändert und herabgesetzt.

Erkundungsvorstoß nördlich von Becelaere

× Großes Hauptquartier, 28. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Nördlich von Becelaere wurden bei einem Erkundungsvorstoß 17 Engländer, darunter ein Offizier, gefangen.

Die Artillerietätigkeit war fast an der ganzen Front gering, lebhafter an einzelnen Stellen in der Champagne und im Maasgebiete.

Italienische Front

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden dauern seit gestern nachmittags Artilleriekämpfe an, die sich bei Tagesanbruch in der Gegend des Col del Rosso zu größter Heftigkeit steigerten.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

U-Boote an der brasilianischen Küste?

Die französische Presse meldet, daß amerikanischen Zeitungen zufolge an der amerikanischen und südamerikanischen Küste, besonders in der Nähe von Brasilien, deutsche U-Boote gesehen worden seien.

Die Haltung der deutschen Arbeiter

* Berlin, 28. Januar

Die Rede des Staatssekretärs des Innern Wallraf in der vorgestrigen Sitzung des Hauptausschusses gibt einigen Blättern Anlaß, nochmals auf die bekannten Aufrufe zum Streik einzugehen. Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Leitartikel „Bedenk es, o Deutschland!" Er verteidigt darin die deutschen Sozialisten mit Einschluß der unabhängigen gegen den Verdacht, „Bolschewiki" zu sein, zählt aber gleichzeitig die Ursachen auf, die eine gewisse Unruhe im Volk hervorgerufen hätten. Das Volk fürchte, um die Zusagen, die ihm früher gemacht worden sind, betrogen zu werden, nämlich um das Festhalten des reinen Verteidigungscharakters des Krieges und um die preußische Wahlreform. Jeder Gedanke an einen Versuch, dem Volke kriegsverlängernde Ziele aufzudrängen, für die es nie gekämpft habe, oder ihm Rechte vorzuenthalten, die ihm versprochen worden seien, wirke zerrüttend. Das sei heute die größte Gefahr. — Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stellt in seinem Leitartikel die Forderungen der Gewerkschaften auf. Es verlangt als Antwort auf die Rede Lloyd Georges, die er am 18. Januar vor einer Abordnung der englischen Gewerkschaften gehalten hat, eine Festlegung der deutschen Kriegsziele im Westen. Ferner fordert das Blatt, daß eine Eingabe der Gewerkschaften berücksichtigt werde, die eine Vertretung der Arbeiterinteressen beim Friedensschluß fordert, und zwar in voller Parität zu der Berücksichtigung der Unternehmerinteressen. Endlich wird gegen die Verschleppung der preußischen Wahlreform Stellung genommen. — Aus christlich-sozialen Arbeiterkreisen wird erklärt, daß die nicht sozialistischen Arbeiter jeden Streik in der gegenwärtigen Zeit ablehnen, und erst recht Massenstreiks mit politischem Hintergrund. Größere Arbeitsniederlegungen stellten eine Gefährdung der kämpfenden Truppen und damit ein Verbrechen an den vaterländischen Interessen dar.

Einige Teilstreiks in Berlin

(Privattelegramm)

+ Berlin, 28. Januar

Die gewissenlosen Machenschaften, die auf eine große Arbeitsniederlegung am heutigen Montag abzielten, hatten nur einen beschränkten Erfolg. Gestern wurden in den Arbeitervierteln Berlins und der Vororte von Haus zu Haus Flugblätter mit der Aufforderung an die Arbeiter, heute zu feiern, verteilt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der meisten Berufe haben dieser Aufforderung aber nicht Folge geleistet. Das Straßenbild war heute früh das übliche. Die Frühzüge der Hochbahn, die ersten Wagen der Straßenbahn und die Arbeitszüge der Stadt- und Ringbahn waren wie immer von Arbeitern überfüllt, die ihren Werkstätten zustrebten. Soweit es sich zur Stunde übersehen läßt, wird nur in einigen Fabriken und Werkstätten, und auch dort nur teilweise, gestreikt. Mehrere der größten Fabriken melden, daß etwa ein Drittel der Arbeiter heute früh nicht angetreten ist. Infolgedessen sind die Betriebe teilweise gestört, und die nicht in den Ausstand getretenen Arbeiter werden mittags feiern müssen. Der Bewegung haben sich besonders die jüngeren Arbeiter und jugendliche Arbeiterinnen angeschlossen. An irgendwelchen Kundgebungen in den Straßen ist es nirgends gekommen. Dem ganzen Ausstand fehlt auch jede einheitliche Leitung. Wie die Direktion der A. E.-G. mitteilt, sieht das Streikbild in den einzelnen Fabrikabteilungen verschieden aus. Bei Borsig in Tegel ist die Bewegung ziemlich umfangreich, in Spandau umfaßt sie nur einen ganz geringen Bruchteil der Arbeiter. In den Fabriken in Hennigsdorf und Johannisthal hat sich die Mehrzahl der Arbeiter eingestellt. In den Fabriken des Großberliner Südens hat sich der Streik insbesondere auf die großen Betriebe der Firmen Daimler, Stock u. Ko. und Fritz Werner in Marienfelde erstreckt. Insgesamt sind dort heute früh 8000 Mann in den Ausstand getreten.

Gegen die Tschechen

Von unserm ständigen Mitarbeiter

Wien, 28. Januar

Auch im österreichischen Parlament kommt es, wie im Theater, immer „anders". Der Dienstag dieser Woche, an dem der Reichsrat nach der langen Weihnachtspause wieder zusammenkam, galt allgemein als ein kritischer Tag erster Ordnung. Nichts Geringeres als der Sturz des Ministeriums, zumindest eine Ministerkrise wurde in seinem Gefolge erwartet, und sogar offiziöse Organe, wie das „Fremdenblatt", prätendierten mit scharfen Angriffen auf das Kabinett einem angeblich bevorstehenden Regierungswechsel. Und was brachte der ominöse Tag tatsächlich? Er brachte eine starke Festigung des Ministeriums. Die deutschbürgerlichen Parteien, die fortschrittlichen und die christlichsozialen Gruppen, hatten sich von der Regierung vollständig abgewandt und mit der Verweigerung des Budgets, bestenfalls mit Stimmenthaltung gedroht, was der Opposition zur Mehrheit verholfen hätte. Da kam die Rede des Ministerpräsidenten gegen die Tschechen, die ihnen zum ersten Male seit langer Zeit den richtigen Spiegel vorhielt und sie als das charakterisierte, als was sie sich tatsächlich während des Krieges erwiesen hatten: als staatsfeindlich. Dr. v. Seidler fand sehr treffende und sehr kräftige Worte für die Zurückweisung der tschechischen Bestrebungen, und die staatsfreundlichen deutschen Parteien atmeten förmlich auf, als diese sozusagen erlösenden, aus dem bisherigen Banne erlösenden Worte von der Ministerbank vernommen wurden. Reicher Beifall, aufrichtige Zustimmung der Linken lohnte den Redner.

Allein alle Welt wird die Frage nicht los, warum erst jetzt, warum so spät? Angeregt wurde nämlich die Rede des Ministerpräsidenten durch eine Anfrage der Tschechen wegen Konfiskation der Entschließung, die das Gremium der tschechischen Parteien am 6. Januar in Prag gefaßt hatte. Diese Entschließung fordert, so viel man hört, nicht weniger als die Schaffung eines tschechoslowakischen Staates außerhalb des Rahmens Oesterreichs. Es wird da der schon oft geübte Mißbrauch mit dem von Wilson verkündeten und von den russischen Revolutionären aufgegriffenen Grundsatz des „Selbstbestimmungsrechts" getrieben. Ein niemals bestandenes „tschechisches Staatsrecht" wird ausgegraben, das die „Länder der heiligen Wenzelskrone", also Böhmen, Mähren und Schlesien, zu einem selbständigen Staatsgebilde vereinigt, dem jetzt noch die ungarische Slowakei angegliedert werden soll. Man kann jedoch die Erwähnung nicht von sich weisen, daß diese Entschließung vom 6. Januar nichts Neues für die Regierung brachte, nichts, was ihr nicht schon vorher bekanntgewesen wäre. Am 30. Mai 1917, am Tage der Wiedereröffnung des Reichsrats nach mehr als dreijähriger Unterbrechung, haben die Tschechen eine „Deklaration" im Parlamente verlesen, die in der Hauptsache das gleiche enthielt, wie die Entschließung vom 6. Januar 1918. In den politischen und Budgetdebatten im vorigen Jahre haben alle tschechischen Redner den selbständigen tschechischen Staat in endlosen Ausführungen breitgetreten und damit die Entrüstung und die geradezu abwehr der deutschen Parteien, insbesondere der deutschböhmischen und deutschmährischen Abgeordneten, hervorgerufen, einmal, weil die Deutschen immer als staatstreue Partei die Angriffe gegen den österreichischen Staat zu bekämpfen als ihre Aufgabe erachteten, dann, weil die Tschechen mit und in ihrem neu zu bildenden Staate die Deutschen der Sudetenländer einfach verschlingen wollen.

Allein wo blieb damals die Regierung, was hat damals Graf Clam und was hat später, als die Angriffe der Tschechen auf den Bestand des Staates sich mehr als einmal wiederholten, Clams Nachfolger, Herr v. Seidler, zur Abwehr der tschechischen Vorstöße getan? Graf Clam gar nichts, sein Nachfolger nicht viel, jedenfalls nichts Ausreichendes. Erst jetzt rafft man sich auf der Ministerbank zu einer rednerischen Abwehr auf, zu einer Rede, die wegen ihres Inhalts und wegen ihrer energischen Form beinahe einer Tat gleichkommt. Und sofort ändert sich das Bild: die Regierung bekommt wieder festen Boden unter den Füßen, weil die staatstreuen Elemente sich um sie scharen, und es ist alle Aussicht gegeben, daß das Budget eine Mehrheit im Hause finden wird. Und noch eine gute Folge haben die tschechischen Uebergriffe: die deutschen Gruppen, die früher im Nationalverbande vereinigt waren, haben sich wieder in der Stärke von 94 Abgeordneten zusammengefunden, und die Deutschböhmen haben ein nationalpolitisches Programm aufgestellt, das in der Schaffung einer „Provinz Deutschböhmen" mit einem eigenen Landtage gipfelt.

Eigentümlich mutet freilich die Tatsache an, daß die tschechische Entschließung vom 6. Januar nur belläufig dem Inhalte nach, gegen den der Ministerpräsident polemisierte, aber nicht dem Wortlaute nach der großen Oeffentlichkeit bekannt ist, da sie gleich damals konfisziert und bis heute nicht freigegeben wurde.

Die Karolyipartei gegen Wekerle

Aus Budapest wird gemeldet: Die Karolyipartei beschloß, zu dem neugebildeten Kabinett eine oppositionelle Haltung einzunehmen, jedoch die Wahlrechtsvorlage der Regierung zu unterstützen. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Ursache dieser Haltung der Karolyipartei darin zu suchen, daß über verschiedene innere und äußere Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen Karolyi und dem Ministerpräsidenten vorlagen. Ministerpräsident Dr. Wekerle

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180129/1